

**Lehrplan Dienstbegleitende Unterweisung im Ausbildungsberuf
"Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste"**

2. Ausbildungsjahr

1. GRUNDLAGEN DER AUFBAUORGANISATION (10 STUNDEN)

Zu vermittelnde Fertigkeiten und Kenntnisse	Inhalte
<p>Der/ die Auszubildende</p> <ul style="list-style-type: none"> ● kann die Ziele des Verwaltungshandelns erläutern und die Bedeutung der Aufgabe als Grundlage der Aufbauorganisation erklären ● beschreibt die Unterschiede zwischen Aufbau- und Ablauforganisation sowie die gebräuchlichsten organisatorischen Regelungen der Verwaltung zur Aufbau- sowie Ablauforganisation ● kann die Notwendigkeit der Instanzenbildung erläutern und Kriterien benennen, die bei der Instanzenbildung zu berücksichtigen sind ● beschreibt unterschiedliche Modelle der Aufbauorganisation und nennt ihre Vor- und Nachteile 	<p>Aufgabengliederungsplan der KGSt / Aufgabengliederungsplan der Kommune oder Behörde des/ der Auszubildenden</p> <p>Verwaltungsgliederungsplan der KGSt / Verwaltungsgliederungsplan der Behörde des/ der Auszubildenden Organisationspläne /Organigramm, Geschäfts-/ Arbeitsverteilungsplan, Geschäfts-/ Dienstanweisung, Stellenplan/ Stellenbeschreibung</p> <p>Instanz - organisatorisches Minimum - Leitungsspanne - Zentralisierung / Dezentralisierung</p> <p>Ein-, Mehrliniensystem, Stab-Liniensystem, Projektorganisation, Hierarchie- Teamorganisation, Informationswege, Delegation</p>

2. STAAT UND KOMMUNEN (30 STUNDEN)

Zu vermittelnde Fertigkeiten und Kenntnisse	Inhalte
<p>Der/ die Auszubildende</p> <ul style="list-style-type: none"> ● stellt die Beziehungen zwischen Staatsprinzipien des Artikel 20 Grundgesetz und aktuellem politischem Handeln her ● benennt die Organe in Bund, Land und Gemeinde und deren Aufgaben ● erläutert die rechtlichen Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung und deren Grenzen ● beschreibt die Beziehung zwischen Staat und Individuum am Beispiel 	<p>Artikel 20 Grundgesetz, Demokratie, Sozialstaat, Bundesstaat Rechtsstaat</p> <p>Bundestag, Bundesrat, Gemeinsamer Ausschuss, Bundesregierung, Bundesversammlung und Bundespräsident/in, Bundesverfassungsgericht, Landtag, Landesregierung, Hessischer Staatsgerichtshof Gemeindevertretung, Gemeindevorstand, Bürgermeister/in, Ortsbeirat, Ausländerbeirat</p> <p>Artikel 28 Grundgesetz Artikel 137 Hessische Verfassung Garantie der Selbstverwaltung Einengung durch staatliche Gesetzgebung und finanzielle Abhängigkeit</p> <p>Bund, Land, Gemeinde Rechte und Pflichten der Staatsbürger/innen und Einwohner/innen</p>